Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Umbruch in Lateinamerika

Demokratien mit Fragezeichen

«Wir sind am Ende dieses Jahrzehnts bei mehr Demokratie angelangt als es je zuvor in Südamerika gab.»
Julio Maria Sanguinetti,
abtretender Präsident Uruguays

Nicht allein für Osteuropa ist 1989 das Jahr der Demokratie geworden. Auch in Lateinamerika hat das vorletzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts dem Prozess der Demokratisierung eine Reihe kräftiger Anstösse verliehen — auch wenn diese Entwicklung weg von autoritären und totalitären Regimen dort schon geraume Zeit länger in Gang gekommen war als im Herrschaftsbereich der Sowjetunion.

Tatsächlich wird man in der Geschichte des westlichen Halbkontinents lange zurückgehen müssen, um überhaupt einen anderen Zeitpunkt zu finden, zu dem (mindestens auf dem Festland) nirgends mehr eine offen diktatorische, die bürgerlichen Freiheiten systematisch unterdrückende Regierung am Ruder war. In Paraguay ist mit General Stroessner der letzte Caudillo alten Schlages gestürzt und jedenfalls die von ihm radikal beschnittene Freiheit der Presse wiederhergestellt worden. In Chile haben die Präsidenten- und Parlamentswahlen vom 14. Dezember das Ende einer sechzehnjährigen Militärdespotie eingeläutet, wie sie dieses Land in der langen Geschichte seiner Unabhängigkeit noch nie hatte durchmachen müssen. Und ganz zum Jahresschluss fiel auch der unappetitlichste aller kreolischen Selbstherrscher, Panamas General Manuel Antonio Noriega, als Opfer zwar nicht empörter und allzu lange niedergehaltener Bürger, aber doch einer von ihm selbst frevelhaft heraufbeschworenen bewaffneten Intervention. Wenn man den Zustand der kleinen Kanalrepublik unter fremder Besatzung schwerlich bereits als demokratisch bezeichnen kann, so besteht dort jetzt mindestens Aussicht auf die Rückkehr zu verfassungsmässigen Zuständen unter einer Administration, der das Volk einige Monate zuvor sein Vertrauen an den Urnen ausgesprochen hatte und der der Zugang zur legal gewonnenen Macht nur durch Noriegas Terrorbanden verwehrt worden war.

Demokratisierung in Grenzen

Wenn schliesslich im Februar die sandinistischen Machthaber in Nicaragua sich unter internationaler Kontrolle dem Urteil ihres Volkes stellen, so mag damit auch die letzte — in diesem Fall unter revolutionären Lösungen angetretene — Diktatur des Kontinents ihrer konstitutionellen Legalisierung zum mindesten um ein Stück näher gekommen sein (die karibischen Diktaturen Kuba und Haiti sind ein Fall für sich). Natürlich gibt es genug Gründe, am wahrhaft demokratischen Charakter dieser Konsultation zu zweifeln, bei der sich die bisherigen unbeschränkten

Herrscher dem Urteil ihrer Untertanen stellen müssen. Von einer wirklichen Chancengleichheit zwischen Regierung und Opposition kann wohl kaum gesprochen werden, so lange sich alle Kommandohöhen des Staates in der Hand der Sandinistischen Befreiungsfront und damit der quasi-monopolitischen Staatspartei befinden und diese ihren Widersachern nur ein sorgsam rationiertes Recht zum Widerspruch — nicht zur Mitsprache — einräumt. Aber zum mindesten ein wichtiger Schritt in die Richtung auf eine Teilhabe des ganzen Volkes am Staate scheint sich anzukündigen.

Im übrigen wird man ehrlicherweise zugeben müssen, wieviel ähnliche — und in einigen Fällen gar noch nachdrücklichere — Bedenken sich auch in Nachbarländern Nicaraguas gegen die offiziell verkündeten und von den USA wortreich anerkannten, angeblich demokratischen Strukturen aufdrängen. Man braucht dabei nicht einmal an El Salvador und Guatemala zu denken, wo die Armee trotz allen Wahlakten noch immer so eigenmächtig schaltet und waltet wie in der offen autoritären Vergangenheit. Auch ein höchst ziviles Land wie Mexiko, mit seiner eingefleischten Tradition massiven Wahlbetrugs, der auch sein derzeitiger Präsident Salinas de Gortari bei allem guten Willen nicht wirklich und nachdrücklich beigekommen ist, kann nur mit äussersten Vorbehalten den Demokratien westlichen Typs zugerechnet werden, auch wenn seine Herrscher diesen Anspruch noch so lauthals erheben. Selbst wo solche Einwände nicht am Platze sind, weil die Bürger ihren Willen an der Urne in der Tat frei bekunden können, bleibt in vielen Ländern das ordnungsgemässe Funktionieren der Institutionen durch endemische Gewalttätigkeit beeinträchtigt, durch Herausforderungen einer revolutionären Guerilla wie durch den antirevolutionären Terror von «Todesschwadronen» und hinter ihnen stehenden Teilen der staatlichen Sicherheitskräfte selbst. Unter solchen Bedingungen, wie sie etwa in Peru oder auch in Kolumbien bestehen, kann von Demokratie nur mit Vorbehalt gesprochen werden.

Auf dem Weg zur Normalität

Anderseits lassen sich beim Blick auf die gesamte kontinentale Szene Fortschritte zur Wahrung rechtsstaatlicher Normen und konstitutioneller Prozeduren schwerlich leugnen. Das verdeutlicht nicht zuletzt die wachsende Zahl der Staaten, in denen politische Machtwechsel auf friedliche und verfassungsmässige Weise schon fast als «normal» bezeichnet werden dürfen. Es will viel heissen, wenn etwa ausgerechnet in Bolivien — dem Land, das mehr Militärputsche durchgemacht hat als jedes andere — in den achtziger Jahren dreimal nacheinander eine durch freie Wahl zur Macht gelangte regierende Gruppe an den Urnen durch oppositionelle Kräfte abgelöst werden konnte. Dass sich in der bisher so unstabilen Andenrepublik traditionell erbitterte Gegner wie die Sozialdemokraten des Paz Zamora und die Partei des Ex-Diktators Hugo Banzer zur Schaffung einer handlungsfähigen und tragfähigen Regierung zusammenzufinden vermochten, zeugt von Realitätssinn und Kompromissfähigkeit, wie sie bisher nicht gerade als typisch für die lateinamerikanische Politik angesehen wurden.

Ein vergleichbarer Wandel von einer demokratisch konstituierten Regierung

zur nächsten mit unantastbar verfassungsmässigen Mitteln hat sich bereits in den vergangenen Jahren in manchen anderen Republiken Südamerikas vollzogen: in Peru von Belaunde Terry zu Alan Garcia, in Ecuador von Febres Cordero zu Rodrigo Borja, in Argentinien von Raul Alfonsín zu Carlos Menem und in Uruguay von Julio Maria Sanguinetti zu Luis Alberto Lacalle. In jedem dieser Fälle war ein demokratisch unzweideutig legitimierter Staats- und Regierungschef nicht nur von einem ebensolchen abgelöst worden, sondern hatte sein Amt einem Repräsentanten der bisherigen Opposition übergeben, ohne dass dadurch die Stabilität des Systems im geringsten in Frage gestellt worden wäre.

Ehrliche Wahlen setzen sich durch

Das bezeugt nicht nur eine (gar nicht selbstverständliche) konstitutionelle Normalisierung. Vielmehr geht mit der Eingewöhnung der Bürger wie der politischen Klasse in die Methoden einer nach-diktatorischen Ordnung auch ein radikaler Bruch mit unerfreulichen Überlieferungen früherer konstitutioneller Perioden einher: ein Ende der traditionell mancherorts geübten und hingenommenen Praktiken offizieller Wahlfälschungen, mit denen sich abtretende Regierungen gefügige Nachfolger sicherten oder doch jedenfalls unliebsamen Widersachern den legalen Zugang zur Staatsmacht verwehrten. Es bedeutet enorm viel, dass von einem Rückfall in solche Gewohnheiten heute nur noch in ganz wenigen Fällen gesprochen werden kann. Selbst das mittelamerikanische Honduras, gewiss alles andere als ein demokratisches Musterland, hat im vergangenen Dezember den Übergang von der bisherigen «liberalen» zu einer konservativen Führung in einer alles in allem durchaus korrekten Weise vollzogen. Wenn das Noriega-Regime in Panama die letztjährigen Wahlen kurzerhand annullieren liess, so schloss diese Massnahme immerhin das faktische Eingeständnis ein, dass selbst im Machtbereich des Drogen-Diktators auch die gewagtesten Manipulationen nicht mehr zur scheinlegalen Verfälschung des klaren Volkswillens ausreichten und die Militärherrschaft daher nicht länger anders als durch offenen Verfassungsbruch behauptet werden konnte.

Indem das Verdikt der Bürger an der Urne — vom Sonderfall Mexiko abgesehen — heute so gut wie überall in Lateinamerika ernstgenommen und beachtet wird, zeichnet sich eine Entwicklung ab, die noch vor einigen Jahrzehnten als fast undenkbar erschien: war Demokratie in diesem Bereich früher auch unter verfassungsmässigen Zuständen vielfach nicht mehr als eine Kulisse gewesen, so hat sie nach den Erfahrungen der jüngsten Diktatur-Epoche deutlich an Substanz gewonnen. Der Gang zum Stimmlokal ist nicht länger ein mehr oder weniger dekoratives, aber praktisch bedeutungsloses Ritual, seit er sich als ein Weg zum möglichen, von unten bestimmten Machtwechsel erwiesen hat.

Stichwahlen statt Parlamentsentscheid

Das Ernstnehmen des Bürgers als entscheidender Faktor der Politik liegt auch einer Neuerung zugrunde, die sich zwar noch nicht überall, aber doch in den meisten Republiken inzwischen

durchgesetzt hat: der Einführung von Stichwahlen bei der — in präsidentialen Systemen so wichtigen — Kür des Staats- und Regierungschefs. Traditionell behielten lateinamerikanische Verfassungen für den Fall, dass kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erringen sollte, den Stichentscheid dem Parlament vor. Das konnte nicht nur zur bedenklichen Verfälschung des eigentlichen Volkswillens führen, sondern es hat oft genug auch Anlass oder Vorwand für ein Einschreiten der bewaffneten Macht geliefert. Eben deshalb ist man in der jüngsten Phase der Redemokratisierung mehr und mehr dazu übergegangen, bei unentschiedenem Ausgang der Volkswahl einen zweiten Wahlgang einzuschalten, bei dem gemeinhin nur noch die beiden in der ersten Runde bestplazierten Kandidaten gegeneinander antreten dürfen.

Dieses Verfahren hat sich einmal ums andere bewährt: in Ecuador, in Peru, zuletzt in Brasilien. Auch Chiles Verfassung von 1980 sieht es vor (obwohl sich seine Anwendung dort erübrigte, weil angesichts dreier Anwärter die *«Concertación»* der 17 Oppositionsparteien am 14. Dezember für ihren christdemokratischen Kandidaten Patricio Aylwin mehr als 55 Prozent der Stimmen zu erringen vermochte). Das überaus spannende und für die Zukunft des grössten südamerikanischen Landes so ausschlaggebende Ringen in Brasilien zwischen dem eher liberal-konservativen Populisten Fernando Collor de Mello und dem quasimarxistischen Arbeiterführter Luis Inacio («Lula») da Silva bot geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie die Methode just bei ungewissen und zugespitzten Mehrheitsverhältnissen klare und damit letztlich auch unstrittige Ergebnisse ermöglicht und damit zur demokratischen Stabilität beitragen kann — und dies, nachdem zuvor der erste Wahlgang mit seiner Rekordzahl von 22 Bewerbern um das höchste Amt der Nation ein Maximum an Verwirrung anzuzeigen schien.

Brüchiges Parteiensystem

Das eindeutige Ergebnis dieser Kraftprobe kann freilich nicht über die fundamentale Schwäche der neuen brasilianischen Demokratie hinwegtäuschen — eine Schwäche, die schon ihrer Vorgängerin vor 1964 anhaftete: das beunruhigende Fehlen eines auch nur halbwegs stabilen und damit tragfähigen Parteiensystems. Wenn ausgerechnet jene Partei, die unter der Diktatur am entschiedensten für die Überwindung des militärischen Herrschafts- und Willkürsystems gekämpft und der «Zweiten Republik» ihr Gepräge aufgedrückt hat — die «Demokratische Bewegung» PMDB —, bei der ersten Volkswahl des Präsidenten einen totalen Zusammenbruch erlebt hat und ihr verdientester traditioneller Führer Ulysses Guimarães sich mit ein paar wenigen Prozenten der Stimmen begnügen musste, so wirkt das auch dann bestürzend, wenn man sich vor Augen hält, wie viel die bisherige parlamentarische Mehrheitspartei selber zu ihrer totalen Diskreditierung beigetragen hatte.

Noch deutlicher hat die Episode um die Präsidentschaftskandidatur von Silvio Santos die Schwächen des demokratischen Gefüges in Brasilien offenbart. Santos, Besitzer der zweitgrössten Fernsehkette des Landes und Animator der überhaupt beliebtesten Sonntags-Sendung, die allwöchentlich grosse Geldgewinne unters Volk streut,

hat sich erst lange nach Ablauf der gesetzlichen Frist um die Nomination bemüht und schliesslich eine unbedeutende Splittergruppe dazu gebracht, ihren eigenen Anwärter zu seinen Gunsten abzuhalftern. Dabei war der solchermassen ganz kurz vor dem ersten Wahlgang portierte Bewerber nach eigenem Eingeständnis politisch völlig ahnungslos; mit seiner Beteiligung am Rennen sollte er nur die Geschäfte einer Clique um den Staatspräsidenten José Sarney besorgen, die um jeden Preis den Sarney-Feind Collor von der Macht fernzuhalten strebte. Tatsächlich hatte Santos seine Kandidatur kaum angemeldet, da wiesen ihn die Meinungsumfragen bereits als Favoriten oder doch jedenfalls als Inhaber des zweiten Platzes hinter dem begünstigten Collor aus. Nur ein juristisch durchaus fragwürdiges Verdikt des obersten Wahlgerichts hat der jungen brasilianischen Demokratie schliesslich die Blamage erspart, dass der Kampf um ihr höchstes Amt am Ende zwischen einem Populisten ohne viel eigenes Profil und einem völlig gesichtslosen Tribunen ausgetragen werden musste.

Dabei stellte diese Entgleisung der Kampagne nicht etwa ein einzigartiges brasilianisches Phänomen dar. Etwas ganz Vergleichbares hat sich zur gleichen Zeit in Peru abgespielt, wo zum Stadtoberhaupt der Millionen-Metropole Lima weder einer der linken Bewerber noch ihr konservativer Konkurrent gewählt wurde, sondern wiederum ein politisch ganz und gar farbloser lokaler Fernseh-Magnat, den gleichfalls allein seine Bildschirm-Notorietät auf den Bürgermeister-Sessel katapultiert hatte. Die 45 Prozent der Stimmen, die in Lima auf den gleichermassen programmatisch undefinierbaren Fernseh-Matador Ricardo Belmont entfielen und diesem Aussenseiter die Kontrolle der Stadtverwaltung überantworteten, sind womöglich ein noch deutlicheres Warnsignal als der Fall Silvio Santos, weil sie die Tendenz zur Entpolitisierung politischer Entscheidungen in den jungen Demokratien noch krasser zutage treten lassen.

Demokratie vor der Herausforderung der Wirtschaftskrise

Und doch wären dergleichen nachdenklich stimmende Schwächezeichen der wiedergewonnenen konstitutionellen Regimes für sich allein noch als verständliche demokratische Kinderkrankheiten hinzunehmen. Weit mehr Grund zur Beunruhigung über die Zukunft der so hoffnungsvoll begonnenen neue Ära Lateinamerikas erwächst aus den unbewältigten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, denen sich die Nachfolger-Regierungen der ersten zivilen Administrationen nach dem Fall der Militärdiktaturen gegenübersehen. Zweifellos hat nichts dem Ansehen der Demokratie mehr geschadet als die ökonomischen Katastrophen, die — gewiss nicht ohne schwere Schuld der vorangegangenen Militärherrschaften — unter den neuen gewählten und zunächst mit überschwenglicher Hoffnung begrüssten Staatsführungen einsetzten. Zumal die Hyperinflationen in Brasilien, Argentinien und Peru, durch kurzfristige «heterodoxe» Stabilisierungs-Experimente höchstens für ein paar Monate aufgehalten und dann eher noch verschärft, haben in den Völkern eine Mentalität der Missachtung, ja des krassen Zynismus gegenüber der demokratischen Politik und ihren Trägern hervorge-

bracht, die leicht zum Nährboden eines neuen Autoritarismus werden könnte.

Aber das Problem ökonomischen Gedeihens unter demokratischen Bedingungen liegt tiefer als in Missgriffen der aktuellen Wirtschaftspolitik. Gerade Regierungen, die sich auf ihre Legitimation durch das Volk berufen, legen in Lateinamerika eine fast unwiderstehliche Neigung zur Unterordnung von Produktion und Verteilung unter den Primat der Politik an den Tag. Marktwirtschaft ist in diesem Teil der Welt traditionell so etwas wie ein Fremdwort: der Bürger — ob besitzend oder besitzlos — erwartet das Heil gemeinhin vom Staat. Das mutet um so kurioser an, als sich ja gerade dieser Staat unter den Bedingungen der kreolischen Gesellschaft durch notorische administrative Unfähigkeit auszeichnet. Nichts ist dafür charakteristischer als die jämmerliche Defizit-Wirtschaft der vielen — allzuvielen — Staatsbetriebe, die ohne immer neue und immer massivere Finanzspritzen aus dem öffentlichen Haushalt überhaupt nicht funktionsfähig sind und durch den Zwang zu derartigen Zuschüssen zu einer Hauptantriebskraft der permanenten Inflation werden.

Vom Staat und von staatlich vermittelten Privilegien nicht minder abhängig ist in diesem System aber auch das private Unternehmertum. Nicht mit Unrecht hat Fernando Collor in seiner sonst ganz populistisch gefärbten und wenig ideenreiche Wahlkampagne wenigstens einen sehr bedenkenswertern Gedanken geäussert, der keineswegs nur auf Brasilien zutrifft: dass sein Land nichts nötiger hätte als einen wirklichen Kapitalismus, den es bisher noch nie durchexerziert habe. Selbst ein Sozialdemokrat wie Collors (an den Urnen wenig glücklicher, aber an wirtschaftlicher Kompetenz seinem erfolgreichen Kollegen weit überlegener) Rivale Mario Covas hat ganz Ähnliches geäussert: dass dem Lande *«eine Spritze Kapitalismus»* nur gut tun könnte.

Entdeckung der Marktwirtschaft?

Kapitalismus — das heisst in diesem Zusammenhang vor allem marktwirtschaftlich orientierte Unternehmer-Initiative ohne das ständige Schielen nach staatlichen Subventionen und anderen öffentlichen Hilfen. Ob es allerdings möglich sein wird, die Massen der Bevölkerung zugunsten eines solchen Systems zu motivieren und zu mobilisieren, das mag unter lateinamerikanischen Bedingungen äusserst fraglich erscheinen — um so fraglicher, weil der marktwirtschaftliche Ausweg aus dem Inflations-Sumpf nicht ohne schwere Opfer gerade der ohnedies Unterprivilegierten gangbar scheint. Nur einer von den aussichtsreichen demokratischen Politikern hat es bisher gewagt, das seinen erhofften Wählern mit aller brutalen Deutlichkeit zu sagen: Perus namhaftester Autor und Präsidentschaftskandidat Mario Vargas Llosa, der auf eigene Faust, wenn auch mit (widerwilliger) Unterstützung der alten konservativen Rechtsparteien, zum Kreuzzug für eine radikale Wende in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgesinnung aufruft.

Was er da versucht, ist das genaue Gegenteil der Taktik, mit der Carlos Saul Menem in Argentinien einen vergleichbaren Kurs eingeschlagen hat. Der Peronist Menem erzielte seinen Wahlsieg nicht etwa mit schonungsloser Offenheit über seine Absichten, sondern im Gegenteil mit einer rein populi-

stischen Programmatik — etwa mit dem Versprechen massiver Lohnerhöhungen. Erst als er fest im Sattel sass, gab er sich als Neo-Liberaler durchaus grosskapitalistischen Zuschnitts zu erkennen — und ob ihm sein Täuschungsmanöver schliesslich zum Nutzen gereichen wird, lässt sich noch nicht mit einiger Sicherheit beurteilen.

Immerhin hat sich der Trend zu marktwirtschaftlichen Lösungen der kontinent-weiten Krise mehr und mehr auch dort durchgesetzt, wo die Befürworter einer solchen Politik ihre Ziele im Gegensatz zu Menem auch im Kampf um die Stimmen im wesentlichen nicht verschleiern. So hat nicht nur Collor bei aller wohlstudierten Vagheit der wirtschaftspolitischen Parolen an seiner resolut marktwirtschaftlichen Grundeinstellung keinen Zweifel gelassen. Auch Lacalle in Uruguay vermochte sich mit einer alles in allem klar liberalen Propaganda an den Urnen durchzusetzen. Noch bezeichnender ist es wohl, wie weit Patricio Aylwin als künftiger Präsident Chiles an die früher von seinen linken Verbündeten bitter bekämpften, aber praktisch erfolgreichen freiwirtschaftlichen Vorstellungen des Militärregimes herangerückt ist; mehr als ein paar (gewiss dringend notwendige) sozialpolitische Korrekturen am bisherigen «Chilenischen Modell» sind im Programm der *«Concertación Democrática»* nicht vorgesehen — und auch Aylwins sozialistische bis linkssozialistische Partner träumen nicht mehr von einer Rückkehr in die Utopien der Allende-Ära. So mag es zum mindesten nicht mehr als unmöglich erscheinen, dass das erste Jahrzehnt der rundherum durchgesetzten Demokratie im Südteil der westlichen Hemisphäre auch als das Jahrzehnt in die Geschichte eingehen wird, in dem die demokratische Ordnung ihre Fähigkeit zur Bewältigung der bisher unbewältigten ökonomischen Probleme beweist.

Fritz René Allemann

Die Zukunft Israels

1989 war ein bewegtes Jahr. Global sind markante Veränderungen eingetreten, doch haben sie im Nahen Osten nicht jene Veränderungen gebracht, die manche erhofft haben mögen. Trotz des andauernden Kampfes der Palästinenser um ihr Selbstbestimmungsrecht, trotz der Neuwahlen für die Knesset, trotz Arafats Auftritt vor der UNO in Genf und trotz einer neuen Administration unter George Bush in Washington, ist die Lage im Nahen Osten, und insbesondere in Israel, relativ stabil geblieben.

Zweifellos ist Israel durch die gesamten achtziger Jahre, von der militärischen Expedition in den Libanon, bis zur Intifada, ein Brennpunkt der Zeitgeschichte; doch im Ansatz einer globalen Betrachtung ist die Dynamik historischer Entwicklungen in der Sowjetunion und ihren ehemaligen Satelliten zu suchen. Gorbatschows Bestreben, das starre, verkrustete System seines Weltreichs aufzubrechen, der zähe, aber kontinuierliche Gang der Abrüstungsverhandlungen, das Ringen um Demokratie in den Ländern Mittel-

und Südost-Europas hat auch im Westen Energien freigesetzt, die wir bei uns noch kaum erfassen können. Der Umbruch im Osten führt uns die Kraft, aber auch die Eigendynamik politischer Prozesse vor Augen, die ausgelöst von Sachzwängen, aber auch vom Willen zur Veränderung, eine vertraute politische Landschaft völlig verwandeln können. Ob die Initianten einer solchen Entwicklung, in diesem Fall Gorbatschow und die reformwilligen Kräfte in der Sowjetunion, ihr Ziel jemals erreichen werden, kann noch nicht beurteilt werden. Die Tatsache jedoch, dass eine festgefahrene Situation, dass eine scheinbare Sackgasse, nicht mutlos und resigniert hingenommen wird, dass Staatsmänner und Politiker mit dem Risiko, ihre Machtposition zu verlieren, neue Wege gehen, gibt auch in Anbetracht der Lage in und um Israel zu denken.

Wenn ich anfangs die Lage im Nahen Osten als «relativ stabil» bezeichnete, so auch deshalb, weil die engste Führung des Landes wenig an Bewegungsfreiheit und politischer Dynamik signalisiert. Israel, das vor über vierzig Jahren in einer einzigartigen Aufbruchstimmung entstanden ist, ist politisch, wirtschaftlich und bedenklicherweise auch moralisch festgefahren. Das Land gleicht einem Eisenbahnzug, der auf offener Strecke fast im Schrittempo fährt, in der Lokomotive fürchtet sich die Besatzung vor jeder Weiche, denn die könnte ja in eine unverhoffte oder unerwünschte Richtung führen.

Zwei Jahre Intifada

In Israel herrscht in zunehmendem Mass ein Klima der inneren Verunsicherung. Die Intifada dauert nunmehr zwei Jahre, zwei Jahre äusserster Belastung für jeden Soldaten der Milizarmee, Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, Belastung für die aussen- und innenpolitische Bewegungsfreiheit des Landes. Die Rebellion in den besetzten Gebieten wurde anfänglich unterschätzt, ist aber mittlerweile durchaus mit der Anspannung während des Abnutzungskrieges der siebziger Jahre zu vergleichen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Zahal neben dem täglichen Dienst in den Gebieten auch weiterhin als schlagkräftige Armee im Fall einer konventionellen, militärischen Auseinandersetzung bereitstehen muss. Bei der Ausbildung der Soldaten ist die Intifada ein grosses Handicap; immer wird die Rekrutenschule durch Einsätze an der inneren Front unterbrochen. Für die Führung der Armee war es nie ein Problem, junge Menschen in Israel von der Notwendigkeit der Armee für das Land zu überzeugen. Doch bei diesen neuen, ungewohnten Aufgaben stellen sich moralische Probleme, die vielen jungen Bürgern in Uniform zu schaffen machen. Der Umgang mit Gewalt ist in den Gebieten zum Alltag geworden, und namhafte israelitische Soziologen stellen seither auch eine zunehmende Aggressivität der Israelis untereinander fest. Nervosität, Stress und Ungeduld haben Untersuchungen seit dem Ausbruch der Intifada zugenommen.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Wirtschaftslage in Israel verschlechtert; die Arbeitslosigkeit steigt, der Shekel verliert an Kaufkraft, die Exportwirtschaft ist unter Druck geraten. Freilich spielen für diese Entwicklung viele Faktoren eine Rolle: das Erstarken der EG im Mittelmeerraum, mit einer ähnlichen Produkte-Palette im Landwirtschafts-Sektor wie Israel, der Rückgang

ausländischer Investitionen, die Stagnation der Tourismusbranche auf weit tieferem Niveau als vor Beginn der Intifada, der *«brain-drain»*, die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte, vor allem nach den USA.

Bank Hapoalim gibt folgende Wirtschaftsdaten für dieses Jahr: Die Inflationsrate wird hoch bleiben, etwa 15—20 Prozent, der Shekel wird wahrscheinlich ingesamt um 11—16 Prozent abgewertet werden müssen, doch das schlechte Wirtschaftswachstum von nur 1 Prozent wird sich auf 3,5—4 Prozent verbessern. Die Banken warnen davor, dass die Intifada weiterhin das politische und wirtschaftliche Klima negativ beeinflussen könnte, doch dieser Einfluss zeige eine sinkende Kurve.

Auch auf dem israelischen Arbeitsmarkt hat die Intifada tiefe Spuren hinterlassen. Hunderttausende von billigen Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten und aus Gaza erscheinen seit bald zwei Jahren nicht mehr regelmässig zur Arbeit. Das Baugewerbe und die Hotellerie leiden besonders darunter, aber auch viele Moschavim und Kibbuzim stehen in der Zwischenzeit vor dem Bankrott. Staatliche Notprogramme sollen sie retten. Insgesamt steht Finanzminister Peres vor einer schwierigen Situation; seine Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von 8 Prozent und die Bekämpfung der Inflation sind notgedrungen unpopulär: höhere Steuern und vermehrtes Sparen, und das in einem Land, das zusammen mit den USA zu den konsumfreudigsten der Welt gehört! Manchmal fragen wir uns, woher die Israelis bei all dem das Geld für ihren Lebensstandard, ihre Reisen und ihre Ansprüche auf Luxuswaren nehmen — ein Geheimnis, dem auch ich noch nicht auf die Spur gekommen bin. Jedenfalls war auch diesen Sommer die Bahnhofstrasse in Zürich wieder voll von Besuchern aus Jerusalem.

«Der besondere Status der PLO kommt daher, dass sie in den Augen der Palästinenser und vieler anderer den palästinenischen Kampf zur Anerkennung ihrer kollektiven Identität bedeutet. Diese Anerkennung ist die gemeinsame Idee der grossen Mehrheit, vielleicht der Gesamtheit der Palästinenser. Die Tage, da Jordanien über die Zukunft der ‹Westbank› ohne die PLO zu verhandeln gewillt war, sind vorüber. Jeder Plan einer Lösung ohne die PLO heisst: keine Lösung. Zu betonen, dass palästinensische Unterhändler nicht mit der PLO identisch sein dürfen, ist ein Selbstbetrug. Je mehr sie öffentlich Distanz nähmen, desto abhängiger wären sie faktisch von der PLO.
Das Bewusstsein der Palästinenser als einer nationalen Gruppe mag jungen Datums sein, aber es wäre ein Irrtum, daraus zu schliessen, dass es oberflächlich und schwach ist.»

Yehoshafat Harkabi (unter Begin Leiter der militärischen Nachrichtendienste, gegenwärtig Professor für internationale Beziehungen und Probleme des Nahen Ostens an der Hebräischen Universität Jerusalem).
«Israels fateful decisions», I.B. Taurus & Co., London 1988 (Zusammenfassung von Zitaten der Seiten 14—18).

Gelockerte Freundschaft

Eine Antwort liefern sicherlich die USA: Milliardenkredite und Meistbegünstigungsklausel. Doch der Preis für teure und treue Freundschaft ist im

Steigen begriffen. Mit Ronald Reagan und Staatssekretär Schultz hatte Israel zwei enge Verbündete im Weissen Haus. Wohl nie seit 1948 waren die Beziehungen zwischen Washington und Jerusalem so innig, so kompromisslos gut, wie in den Jahren von Reagans Präsidentschaft. Doch nicht nur der Wechsel in Washington, auch die Veränderungen innerhalb des amerikanischen Judentums machen sich allmählich bemerkbar. Die Mehrheit der US-Juden zwischen 20 und 40 Jahren haben keine starken Bindungen mehr zu Israel, und ihr liberales Gedankengut ist kaum noch in ein jüdisches Bewusstsein eingebunden. Viele US-Juden sehen Israel heute als einen Staat, der alt genug ist, seine Probleme selbst zu lösen. Die Erkenntnis, Israel sei die Heimstatt aller Juden, ist unter den Jüngeren kaum verbreitet. «Holocaust» und sogar der Sechs-Tage-Krieg liegen weit zurück. Die Religion als Bindeglied wird zunehmend schwächer. Immer mehr junge amerikanische Juden entfremden sich dem gemeinsamen Erbe und gehen, im Gegensatz zu ihren Eltern, immer mehr im vielrassigen Amerika auf. Zudem hat der relative Wohlstand eine Generation hervorgebracht, die nicht mehr in jenem Mass um sozialen Aufstieg und Anerkennung kämpfen muss, wie das einst der Fall war. Neue Minderheiten treten zielbewusst den Weg nach oben an: die Hispanos, die Asiaten, nicht zuletzt die Schwarzen. In Washington ist eine leise Erosion der einst mächtigen jüdischen Lobby spürbar. Zudem geraten immer mehr amerikanische Juden angesichts der politischen Entwicklung in Israel in Gewissenkonflikt. Die Generation unter vierzig zeigt wenig Verständnis für den alten, starren Mann, der so ganz dem Bild eines modernen Politikers widerspricht. Dazu kommt, dass in den USA die Medien in der Intifada lange Zeit nur die Sensation gesehen haben und sich auf eine grobe Zeichnung «David gegen Goliath» — Goliath ist natürlich hier Zahal — beschränkt haben.

Der neue Staatssekretär James Baker ist nicht mehr wie sein Vorgänger bereit, Jerusalem jeden Wunsch von den Augen abzulesen. Waffenverkäufe und Technologie-Transfers in arabische Staaten, Transaktionen, die Israel in den vergangenen Jahren immer wieder abwenden konnte, stehen jetzt an, und in den Vereinten Nationen kann Israel bei einer drohenden Verurteilung nicht mehr unbedingt auf ein Veto des US-Vertreters zählen. Trotz der viel beschworenen Freundschaft sind die Zeiten härter geworden, und die Bush-Administration scheint gewillt zu sein, den Friedensprozess im Nahen Osten in Bewegung bringen zu wollen. Dass dabei von Israel Kompromissbereitschaft gefordert wird, ist deutlich zu spüren. Obwohl sich in Washington Politiker, Unterhändler und Diplomaten aus Israel, Ägypten und auch Jordanien beinahe die Türklinke in die Hand geben, obwohl die USA seit einem Jahr ziemlich fruchtlos mit der PLO in Tunis verhandeln, zeigen weder Bush noch Baker grosse Eile im Vorantreiben des Prozesses. Das Terrain ist zu steinig, Wunder sind keine in Sicht, diplomatische Niederlagen zu befürchten. Vor drei Monaten beklagte sich Shamir vor dem Präsidium des Likud bitterlich: *«Niemand in Amerika unterstützt uns, wir sind isoliert, eine Konfrontation droht. Sie wollen uns zwingen, uns mit der PLO an einen Tisch zu setzen.»* Und damit sind wir mitten im Problem der kategorischen Ablehnung Shamirs und des Likud: die PLO als Verhandlungs-,

ja als Gesprächspartner zu akzeptieren. Ist denn die PLO so unglaubwürdig, ist Arafats Wandel nicht ernstzunehmen?

Arafats Problem

Geht man davon aus, dass die PLO als Organ des palästinensischen Volkes von Bestand ist, so wird jeder Prozess, der zur Befriedigung palästinensischer Ansprüche auf Selbstverwirklichung führen soll, eines Tages die PLO miteinbeziehen müssen. Dass für das palästinensische Volk eine Lösung gefunden werden muss, scheint gegeben. In welchen Zeiträumen muss aber gerechnet werden, bis es soweit ist? Der Wandel vom bewaffneten Bandenführer zum konziliant lächelnden Salonpolitiker ging schnell. Er hat viel mit seiner Vertreibung aus der unmittelbaren Nähe zu Israel zu tun. Solange Arafat in den Lagern regierte, brauchte er die Macht der Waffe, nicht nur gegen Israel, auch gegen seine Konkurrenten, um sich an der Macht zu erhalten. Seit er im tunesischen Exil ist, braucht er das Wort, die arabische Diplomatie, am liebsten den Ölzweig. Er verkörpert für die Palästinenser, auch für viele Nichtpalästinenser, den Revolutions-Romantiker, der sein Leben einer Sache opfert, der auch in dunklen Stunden immer daran geglaubt hat, und der nur von einem beseelt ist, sein Volk eines Tages in die Selbstbestimmung zu führen. Arafat hat Charisma; ich habe viele Palästinenser gesprochen, deren Augen leuchteten, wenn sie über ihn sprachen. Er ist, wie man heute sagt, ein Hoffnungsträger. Sein Führungsanspruch ist zur Zeit gefestigter denn je. Der Palästinensische National-Kongress steht hinter ihm. Dass er Israels Existenzrecht anerkannt hat, war für ihn ein Gebot der Stunde — Realpolitik. Dass die Charta der PLO hinfällig sei, hat er noch nicht eindeutig bestätigt. Er ist eine widersprüchliche Figur, aber eine, mit der jeder rechnen muss, der das Problem der Palästinenser ernstnimmt.

Arafat hat ein Problem: er muss beweisen, dass er auf dem richtigen Weg ist, er muss seine Vision in die Realität umsetzen, er muss alles versuchen, um der Formel «Frieden für Land» ein Maximum an Glaubwürdigkeit zu verleihen. Er steht unter enormem Druck und ist in Zugzwang. Die momentane Geschlossenheit der Palästinenser ist ein zerbrechliches Gebilde; Arafat weiss das, auch Ministerpräsident Shamir weiss es. In seinem politischen Kalkül macht sich Shamir genau diesen Umstand zu Nutzen. Zeitgewinn ist die Parole. Dabei ist das per Gesetz institutionalisierte Kontaktverbot mit Vertretern der PLO nur ein Element in dieser Strategie der Sanduhr. Keiner darf der PLO die Hand geben, auch nicht der Friedensapostel Abie Nathan, der für dieses Vergehen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Selbst wenn die Welt mit Fingern auf solche Urteile zeigt, die Angst vor einem Durchbrechen der Doktrin scheint jeden Schaden zu rechtfertigen. Wie weit diese Haltung geht, zeigt die Tatsache, dass sich die israelische Regierung nicht einmal über die Gespräche des US-Beauftragten mit den PLO-Vertretern in Tunis informieren lassen will. Solche Treffen finden im Bewusstsein von Shamir einfach nicht statt, weil sie nicht stattfinden dürfen. Die PLO soll aus dem politischen Entscheidungsprozess ausgegrenzt werden. *«Selbst wenn es so ist»*, sagt sinngemäss Shamir, *«dass die PLO die dominierende Rolle bei der Bevölkerung von Judea, Samaria und Gaza, sowie in den arabischen Staaten*

spielt, wird das unserer Meinung nach nicht lange so bleiben. Die Menschen werden durch die bittere Erfahrung der Intifada lernen, dass dieser Kampf nirgends hinführt, und dass alles, wofür die PLO verantwortlich ist, nur Katastrophen produziert. Die Palästinenser werden von der Intifada und von der PLO enttäuscht sein und daraus schliessen müssen, dass sie mit uns auf der Basis unserer Initiative verhandeln müssen.»

Shamirs Taktik

Shamirs Taktik wird in vielen Aussagen deutlich: Israel dürfe die Initiative in einem allfälligen Annäherungsprozess mit den Palästinensern unter keinen Umständen aus der Hand geben. Doch um ein fremdes Diktat zu vermeiden, muss eine Initiative ergriffen werden, muss ein Angebot gemacht werden. In Shamirs Vorstellung reicht eine begrenzte Autonomie für die Gebiete aus, um den Prozess in Bewegung zu halten. Auf dem Weg dorthin könnten Wahlen und Verhandlungen mit Westbank-Palästinensern, die der PLO nicht angehören, genügend Zeit verstreichen lassen, um auch innenpolitisch kein Geschirr zu zerschlagen. Nach aussen hin gibt Shamir sich im Rahmen seines Spielraums optimistisch, er muss vor allem die USA bei Laune halten. Zuhause, vor den Gefolgsleuten des Likud, spricht er eine andere Sprache.

Für die Öffentlichkeit: *«Ich wende mich an die arabischen Bewohner von Judea, Samaria und dem Gazastreifen. Wir sind bereit, die Bedingungen zu schaffen, damit wir in einer friedlichen Koexistenz miteinander leben können.»* Vor dem Likud: *«Wir werden ihnen nichts geben.»* In New York: *«Unser Leben ist dadurch bestimmt, dass Araber und Juden gemeinsam ein kleines Stück Land bewohnen. Sie müssen darin leben, zusammen und in Frieden.»* Zu Siedlern auf der West Bank: *«Dieses Land gehört ausschliesslich dem jüdischen Volk. Es ist historisch und rechtlich unser Land.»*

Auch sein Gegenspieler Arafat legt sich nicht fest. In Genf sagte er vor Jahresfrist: *«Wir haben, komme was wolle, den Weg des Friedens eingeschlagen.»* Und ein halbes Jahr später vor arabischen Zuhörern: *«Nichts und niemand kann die PLO davor abhalten, ihren Hauptfeind Israel anzugreifen.»*

Sowohl Shamir wie auch Arafat müssen ihre Position gegenüber der eigenen Gefolgschaft mit aller Dezidiertheit halten und gleichzeitig der Welt das Gefühl geben, als wären die Dinge in Bewegung. Doch die Position der beiden Männer ist in keiner Weise vergleichbar. Arafat ist der Führer eines Volkes ohne Land. Das Mitleid der Welt ist auf seiner Seite. Shamir ist in einer weit komplexeren Situation. Er als demokratisch gewählter Premierminister eines Rechtsstaats muss sich auch dem Meinungsbildungsprozess in seinem Land stellen. Er ist letztendlich allen Israelis Rechenschaft schuldig, und er ist durch die Verfassung verpflichtet, das Land nach bestem Wissen und Gewissen vor Schaden zu bewahren. Vor dem Hintergrund der drängenden palästinensischen Frage ist zur Zeit kein israelischer Ministerpräsident zu beneiden; denn es gibt bei aller Phantasie keine «einfache» Lösung; jede Entscheidung könnte weitreichende Folgen für das Land, vielleicht für alle Juden haben.

Die Formel *«Land für Frieden»* hört sich verführerisch einfach an. Ich gebe, und ich bekomme. Doch die Tatsache, dass ich nur einmal geben kann und dass die Gegenseite mir dafür einzig

einen Wechsel auf Zeit gibt, verlangt die innere Überzeugung von der Bonität des Partners. Jeder Geschäftsmann weiss, dass ein Vertrag nur solange gut ist, als beide Parteien gewillt sind, ihn auch zu erfüllen. Vertrauen ist jedoch weit und breit nicht zu sehen, und zwar auf beiden Seiten nicht. Shamir wird, solange er im Amt ist, keine substantiellen Kompromisse eingehen. Ob sich Shamir überhaupt je mit Palästinensern an einen Verhandlungstisch setzen wird, auch wenn diese nicht der PLO angehören, ist fraglich. Denn das erklärte Ziel auf palästinensischer Seite, die Schaffung eines eigenen Staates, ist für Shamir undenkbar. Wieso also soll er eine Entwicklung in Gang bringen, deren Resultat er auf das Schärfste verurteilt? Das hiesse, dass eine Initiative für die Westbank nur gegen seinen Willen zustande kommen könnte. Für ihn ist es ganz klar: Israel vor Schaden und Unglück bewahren heisst, keinen Fussbreit von Erez Israel an die Palästinenser abzutreten. Könnte aber diese Haltung nicht auch Schaden und Unglück für die Integrität Israels herbeiführen? Im Kern geht es um die Identität des jüdischen Staates. Es ist auch ein Ringen um die Erhaltung der moralischen und kulturellen Errungenschaften des Judentums. Was in der Diaspora die Zugehörigen zu diesem Volk auszeichnete, was das Judentum unter schwierigsten Bedingungen überleben liess, steht, nach der Erfüllung des uralten Traums, der Rückkehr ins Gelobte Land, auf einem unerbittlichen Prüfstand, vor allem vor den Juden selbst. Sie sind von Beherrschten wieder zu Herrschern geworden, von Machtlosen zu Mächtigen. Eine Rolle und auch eine Verantwortung, die uns, so scheint es, schwerfällt. Jahrhundertelang ging es um das Überleben dieses Volkes in einer weitgehend fremdbestimmten Umgebung. Die Energie galt der Bewahrung der Identität. Die Juden waren geprägt von der Angst des Untergangs. Und trotz der Schaffung des Staates Israel haben sie dieses Trauma nicht überwunden. Gleichzeitig hat aber auch die jüdische Identität im eigenen Staat eine neue Dimension erreicht: Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung, Kompromisslosigkeit statt Anpassung, Freiheit statt Enge.

Unumgänglicher Lernprozess

Israel musste erkämpft und verteidigt werden, doch der Umgang mit Macht und Stärke ist ein langwieriger Lernprozess. Fehler müssen erlaubt sein. Lernen, ohne Fehler zu machen, gibt es nicht. Doch was, wenn die Fehler tödliche Folgen haben, wenn jede Entscheidung Sachzwänge nach sich ziehen kann, deren Konsequenzen nicht absehbar sind? Die Welt beurteilt die Juden vor dem Hintergrund der Menschheitsgeschichte. Als Volk haben sie moralische Kategorien gesetzt. Die Welt erwartet, dass der junge jüdische Staat diese Prinzipien nun umsetzt und exemplarisch vorlebt. Eine Erwartungshaltung, die fern jeder Realität steht, weil sie so nicht erfüllt werden kann. Keine Regierung dieser Welt handelt im philosophischen Sinn moralisch, kein Bürger wählt zwischen Moral und Unmoral, wenn er zur Urne geht, es gibt keine moralischen Patronen oder Granaten.

Doch Moral ist ein Bestandteil des Bewusstseins, und hier tut sich der Konflikt auf, vor dem Israel, und mit ihm das Judentum, heute steht. Mit einer Lösung des palästinensischen Problems ist die Entwicklung und der

Fortbestand Israels verknüpft. Unabhängig von den letztendlich gezogenen Grenzen wird es eine Nachbarschaft werden. Unabhängig von der Form der politischen Lösung brauchen beide Völker Frieden. Jeder Israeli ahnt, dass der status quo nicht die Zukunft sein kann; denn auch die israelische Gesellschaft ist in ihrem Innern einer grossen Belastungsprobe ausgesetzt. Es geht hier nicht um die Frage, ob Shamir besser ist als Sharon, oder Rabin tüchtiger als Peres. Für die Palästinenser ist es weit wichtiger, welche Politik der kleinen Schritte in Israel gemacht wird. Für die Israelis stellt sich die fundamentale Frage: In welcher Form der Koexistenz können und wollen wir mit den Palästinensern leben. Niemand kann ihnen diese Entscheidung abnehmen, sie allein, als Bürger dieses Staates, tragen die Verantwortung dafür. Wenn wir die Entwicklung von 1948 bis heute nüchtern betrachten, müssen wir feststellen, dass die Zeichen für einen grundlegenden Friedensprozess nie besser waren. Die militärische Dominanz Israels in der Region bleibt unumstritten, Israel könnte weitere Garantien bei Verhandlungsbereitschaft mit den USA aushandeln. Das gesamte Verhandlungspaket liegt unangetastet auf der Seite Jerusalems. Der Separatfrieden mit Ägypten ist mittlerweile zehn Jahre alt. Keiner spricht von Zuneigung, aber die Verträge haben standgehalten. Präsident Mubarak ist bereit, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Will Israel den ägyptischen Präsidenten als stabilisierenden Faktor weiterhin ernstnehmen? Dann sollte es sein Angebot, oder Teile des Angebots ernst nehmen. In Jerusalem und in der Westbank sind eine Reihe ernstzunehmender Palästinenser bereit dazu, den Dialog jederzeit aufzunehmen.

Mit einem der wichtigsten möglichen Gesprächspartner Israels, dem Palästinenser Feisal al Husseini, habe ich ein paar Tage nachdem er aus israelischer Administrations-Haft entlassen worden war, gesprochen und spürte keine Ressentiments, keinen Hass. Doch hat er von den zerstörten Leben vieler palästinensischer Freunde erzählt, die sich nichts dringlicher wünschen als eine Normalisierung ihres Lebens und geordnete Verhältnisse. Noch kann Israel beim Bündnispartner USA alle Bedingungen stellen und alle Garantien erhalten, die der Staat braucht, um seinem Sicherheitsbedürfnis gerecht zu werden.

Demographie und Identität

Jordanien steht einer Konföderation mit einem palästinensischen Territorium in der Westbank positiv gegenüber. Gerade weil das Königreich in einer tiefen «Wirtschaftskrise» steckt, wären US-Mittel in Form eines Marshallplans für diese Konförderation willkommen.

Würde sich Israel zu einem Prozess in dieser Richtung entscheiden, könnte dies seine Wirtschaft enorm in Schwung bringen. Nachbarschaft heisst ja auch Handel und Export von Know-how. Zudem würde die EG sicher ihre Tore für israelische Exportprodukte öffnen. Alles in allem hätte der Nahe Osten unter friedlichen Bedingungen ein enormes Potential, und Israel wäre ohne Zweifel die führende Nation.

Doch was, wenn Zweifel, Angst und Misstrauen die Oberhand behalten und die Fronten sich weiterhin verhärten? Die Frustration der Palästinenser wird steigen. Statt Intifada könnten wir wieder in die Zeiten des Terrors zurückfallen, die Folgen wären schrecklich. Das

Bevölkerungswachstum der Palästinenser in Gaza und in den Gebieten geht rasant weiter. In einer nächsten Generation wäre ein Aufstand wie die Intifada nur noch mit einem hohen Blutzoll einzudämmen. Hält sich der demographische Trend? Werden bis zum Jahr 2050 ebenso viele Palästinenser wie Juden in Erez Israel leben? Was ist dann mit der jüdischen Identität des Judenstaats?

Allein die zwei Jahre Intifada haben gezeigt, mit welcher zusätzlichen seelischen und wirtschaftlichen Belastung die Israelis fertig werden müssen, wenn sich die Lage über einen längeren Zeitraum nicht beruhigt. Daneben würde eine harte Haltung Jerusalems weltweit zunehmend den Antizionismus schüren, der, wie die Erfahrung zeigt, sehr schnell in diffusen Antisemitismus umschlägt. Würde also Israel keinen Zollbreit Boden abgeben, wären zwar sicherlich die 60 000 Siedler zu befriedigen, wäre die Vision von einem Gross-Israel nicht zerstört, doch die Mittel, dies durchzustehen, würden einen Grossteil aller in Israel zur Verfügung stehenden Energien binden und auf lange Zeit absorbieren. Der israelische Schriftsteller Aleph-Beth Joshua beschreibt schon heute die Verfassung vieler Israelis wie folgt: *«Wir empören uns nicht, wenn Araber umgebracht werden, schon gar nicht, wenn Araber einander umbringen, und nicht einmal mehr, wenn Araber Juden umbringen. Und diese ‹Mir-ist-alles-egal-Haltung› verbreitet sich wie ein Virus. Die Menschen reagieren nur noch, wenn etwas Besonderes passiert. Wie zum Beispiel, als der Bus den Abhang hinunterstürzte. Aber selbst da sind die Menschen nicht mehr so betroffen, wie in den siebziger Jahren als unsere Soldaten an den Grenzen ihr Leben riskierten. Die Gefühle sind abgestumpft. Es ist erschreckend zu sehen, wie Mord und Tod zum Bestandteil unseres Alltags geworden ist.»*

Immerhin, so völlig blockiert sind die Fronten nicht. Bis jetzt wurde allen israelischen Bedingungen entsprochen, von der PLO ist im Augenblick nicht die Rede. Obwohl Baker bei seiner Feststellung bleibt, dass Israel eines Tages wohl auch mit der PLO zu verhandeln haben wird. Wird sich Shamir diesem amerikanischen Diktat widersetzen können? Wenn der gewiefte Taktiker die Präliminarien zu einem Friedensprozess so lange hinauszögern kann, bis seine vielleicht letzte Amtszeit abgelaufen ist, wird er zumindest mit der Befriedigung in den Ruhestand gehen, dass es ihm erspart geblieben ist, dem Teufel die Hand zu geben.

Wird aber Arafat die PLO so lange ruhig halten können? Werden sich die Amerikaner so lange gedulden? Könnte nicht auch in der israelischen Öffentlichkeit der Ruf nach einer mutigeren Politik lauter werden?

Nach zehn Jahren politischem Am-Ort-Treten, nach zehn Jahren relativer Stabilität ohne Fortschritt, könnte in den nächsten Monaten Bewegung in die israelische Diplomatie kommen. Ein israelischer Gorbatschow ist allerdings nicht in Sicht. Die Mächtigen im Land kleben an ihren Stühlen. Veränderungen bringen immer ein Risiko mit sich — nicht zuletzt das Risiko des Machtverlusts. So mag man meinen, dass die Koexistenz zwischen Labour und Likud, zwischen Shamir, Levi, Arens, Peres und Rabin so lange fest zementiert ist, bis die Israelis die Zeit der Ungewissheit nicht länger ertragen wollen. Was auch geschieht, die Zukunft Israels ist an die Zukunft der Palästinenser gekettet.

Gabriel Heim

«Unbefragbarer Rang»

Ein Nachtrag zu Samuel Beckett

Die Erstausgabe von «En attendant Godot» erschien 1952 in den Editions de Minuit, die Uraufführung erfolgte im Januar 1953 im Théâtre Babylone. Regie führte Roger Blin, der auch den Pozzo spielte. Ich erfuhr von dem Ereignis durch die Theaterkritik in der Zeitung; noch ohne den Text zu kennen, gewann ich aus der Beschreibung den Eindruck, hier sei eine Art Quintessenz, ein auf die knappste Form gebrachter Ausdruck einer allgemeinen Befindlichkeit gefunden. Ganz ohne Analyse oder Argumentation beschrieb der Bericht in der Zeitung über das Theatergeschehen in Paris, wie die allgemein verständliche Darstellung eines Epochengefühls über die Bühne gegangen war. Ich liess mir den Text des Stücks kommen, um diesen Eindruck am Original zu überprüfen. Jetzt, nach Samuel Becketts Tod, habe ich «En attendant Godot» abermals gelesen und festgestellt, dass sich nichts an der unbeschreiblichen Wirkung dieser einfachen szenischen Anordnung und dieser kargen Dialoge abgeschwächt hat. Es bleibt dieses Stück und eigentlich auch einige der andern, die Beckett noch folgen liess, eine Art Signet und Ausdruck unserer Befindlichkeit in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Ich bin kein Beckett-Kenner. Seine Romane habe ich nur angelesen und aus der zugegeben ungenügenden Bemühung darum die Einsicht gewonnen, dass mich diese Prosa nicht so unmittelbar anspricht wie das Theater. Das sagt nichts über die Qualität dieser Texte. Der Kritiker sollte wissen, wo seine Kompetenz ihre Grenzen hat. Aber die Frage stellt sich, ob denn die grosse Wirkung dieses Dichters, die weit über die Fachwelt und die intimen Kenner hinausgeht, auf dem Hörensagen beruhe, allenfalls auf der Erfindung von Konstellationen und Spielvorlagen, die selbst dann noch einschlagen, wenn unsere Bemühungen um das genaue und fundierte Verständnis unzulänglich sein sollten. Wie anders wäre Becketts Ruhm denn zu erklären, der — wie man weiss — oft nur ein Missverständnis ist, in diesem Fall aber vermutlich doch von der Ahnung oder gar der nicht weiter begründbaren Gewissheit ausgeht, dass da nicht «absurdes Theater» vorliege (ein Etikett, mit dem Becketts dramatisches Werk anfänglich eingeordnet wurde), sondern eher der radikalste Realismus?

Nun ist die Entwicklung des dramatischen Stils seit den frühen fünfziger Jahren ja nicht stillgestanden. Richtungen und Moden folgten eine der andern, neue Spielvorlagen hatten Erfolg und dominierten die Szene, bis sie von anderen wiederum abgelöst wurden. Durch Zufall ist mir die Bilanz des Theaterjahres 1968 in die Hände gekommen, wie sie von der Zeitschrift *«Theater heute»* turnusgemäss vorgelegt wird. Einigermassen überraschend kommt es einem heute vor, dass diese Bilanz als Aufführung des Jahres nicht etwa ein Polit-Stück, nicht eine nach damaliger Sprachregelung gesellschaftskritisch relevante Produktion nennt, sondern «Endspiel» von *Samuel Beckett,* in Berlin vom Autor persönlich inszeniert. Nicht der «Viet Nam Dis-

kurs» von *Peter Weiss,* nichts von dem, was doch gerade damals in den Theaterstädten die Gemüter erhitzte, zum begeisterten Engagement ebenso wie zur empörten Abwehr, sondern die Parabel von der Endzeit, das Spiel ohne Ende oder das Ende vom Spiel, wie *Siegfried Melchinger* in seiner Kritik das «Endspiel» nennt, wurde von den die Auszeichnung vergebenden Juroren erkoren. So steht es in einem Heft, dessen Titelstory das «Theater in der Revolte» ist. Ein junger Dramatiker, *Botho Strauss,* schrieb vom *«unbefragbaren Rang»* und von der dem Stück mittlerweile *«angewachsenen Klassizität».* Man kann sich angesichts des Umfeldes und Klimas, in die Becketts Berliner Inszenierung des «Endspiels» geriet, über diese Begriffe nur wundern, wird aber Strauss auch aus heutiger Sicht vorbehaltlos zustimmen. Denn als Samuel Beckett im Dezember 1989 starb, waren sein Ruhm und die seinen Stücken *«angewachsene Klassizität»* noch gewachsen. Seit der Uraufführung von «Warten auf Godot» sind 37 Jahre vergangen. Aber die Wirkungen, die von diesem Stück und den Spielen des Dramatikers ausgeht, ist so lebendig und stark wie am ersten Tag. Alle sind unterhaltsam, sind Clownerien über dem Abgrund, führen Geschäftigkeit in der vollkommenen Sinnlosigkeit vor. Statisches, zum Stillstand gekommenes Spiel ist alles, erloschenes Leben oder Leben, das allmählich erlischt, in die Erde versinkt, verstummt.

Warum fesseln diese kargen Szenen die Zuschauer, und zwar auch diejenigen, die sich um philosophische Interpretationen oder auch nur um Deutungen gar nicht kümmern? Eigentlich in allen Stücken Becketts sind vollkommen ausgefallene, trostlose Situationen dadurch kompensiert, dass die davon betroffenen Figuren auf der Bühne das Ausserordentliche oder auch die Sinnlosigkeit ihrer Existenz wie etwas Alltägliches und Selbstverständliches betrachten. Ihre Konversation stösst sich nicht an der Unzumutbarkeit des Daseins, das ihnen noch zugebilligt ist; sie scheinen es im Gegenteil verinnerlicht zu haben und verletzen niemals die Spielregeln. Im «Endspiel» sind Menschen zu Wracks und selbst zu Müll degradiert. Aber das scheint sie nicht zu stören. Sie geben sich ihren Beziehungsspielen hin, nicht anders als die «Normalen», die im Zuschauerraum sitzen. Oder in «Glückliche Tage» versinkt die Frau allmählich in der Erde, aber sie turtelt mit dem Mann und hält ihn auf Trab. Es sind Abläufe, wie wir sie kennen, nichts Aufregendes, sondern banaler Alltag. Indem sich die Geschöpfe Becketts so selbstverständlich ihren «Illusionen» hingeben, aus denen das Selbstverständliche besteht, wirken sie komisch. Allesamt sind sie Clowns, die so tun, als sei alles in Ordnung, obwohl man sehen kann, dass alles zerstört oder doch dem Untergang geweiht ist. Wir blicken als Zuschauer diesem Spiel fasziniert zu und verstehen es, ohne uns eine Erklärung dafür zurechtzulegen. Allmählich bekommt der Spass eine Bedeutung, gegen die wir uns nicht wehren können.

Ein armes, geschundenes Wesen, gefesselt und zum Dasein eines Lastträgers gezwungen, trägt bezeichnenderweise den Namen Lucky, der Glückliche [1]. Er hat sein erniedrigendes Leben nicht nur akzeptiert, nein, er wird vorgestellt als einer, der zufrieden und — seinem Namen nach, der ein Übername sein könnte — sogar glücklich ist. Aber es liegt darin auch eine ironische Bezeichnung dieses Geschundenen durch den Autor, der damit törichten

Optimismus entlarvt. Es ist ferner beobachtet worden, dass in Becketts Stücken keine Jugend vorkommt. Seine Figuren sind alt oder doch alternde Menschen, in dem Dreiecksstück «Spiel» stecken sie alle schon in ihren Urnen und sind vielleicht schon tot. Zur Endzeit, die diese Spielvorlagen alle meinen, gehört der Mensch, der das Leben schon gelebt hat und auf sein eigenes Ende wartet. Beides, dass man die einem zugewiesene Rolle akzeptiert und dass man keine Hoffnungen mehr hat, auch keine Erinnerungen, nur noch Gewohnheiten, ewige Wiederholung des Gewöhnlichen, gehört zu der düsteren, dennoch als realistisch zu verstehenden Komponente der dramatischen Dichtungen. Aus beidem, aus dem Widerspruch, der in beidem liegt, resultiert die Komik. Es kommt hinzu, dass wir es in Becketts Theater meist mit urtümlichen Verhältnissen zu tun haben, mit archaischen Beziehungsmustern wie Herr und Knecht, Mann und Frau, und dies völlig unberührt von Gesellschaftstheorien. Wenn *Botho Strauss* in seiner Besprechung von «Endspiel» von der *«Klassizität»* spricht, so ist zu vermuten, damit sei nicht zuletzt diese Konstante der Conditio humana angesprochen.

Erklärt sich daraus, dass Becketts Spiele, von «Warten auf Godot» bis «Glückliche Tage», kaum in der politisch-ideologischen Kontroverse erscheinen? *Lukács,* glaube ich, hat diese Stücke als Ausdruck *«bürgerlicher Dekadenz»* abgetan. Aber die Deutungen und Interpretationsversuche, die man spontan mit ihnen verband, sind viel konkreter. 1952 war die Zerstörung der Städte noch ein prägender Eindruck, weite Teile Europas eine Welt in Trümmern. Da mochte man Becketts Theater als Gleichnis für die verödete und zerbrochene, dem Untergang näher als dem Aufbau stehende Zivilisation deuten. Erheiternd ist eine Beobachtung, von der *Jan Kott* berichtet. Da sei «Warten auf Godot» in einer Inszenierung in Warschau überhaupt nicht angekommen im Publikum, und die Kritik habe, beschönigend, von *«beinahe brillanter Langeweile»* geschrieben. Als aber nach zwei Wochen Abschriften der Rede Chruschtschows am zwanzigsten Parteikongress zirkulierten, sei die Aufführung plötzlich ausverkauft gewesen. Jedermann habe jetzt gewusst, auf wen Wladimir und Estragon warteten, und jede Dialogsequenz der beiden Landstreicher habe ihre Pointe sicher gehabt. Vielleicht wollte *Volker Braun* diese Erfahrung benutzen, als er in sein Stück «Simplex Deutsch» (ein Stationenstück zur Geschichte des Sozialismus in Deutschland) eine Paraphrase auf Becketts berühmten Erstling einflocht. Da stehen Wladimir und Estragon — wie bei Beckett — auf der leeren Bühne mit dem kahlen Bäumchen, und ein Dritter tritt auf, der einfach sagt, er sei gekommen. In der Inszenierung, die ich sah, hatte man dem Mann als Requisit einen himmelblauen Regenschirm mit einem Kranz aufgedruckter goldener Sterne in die Hand gegeben, die Europaflagge in Form eines Schirms. Damals war gerade der Eurokommunismus im Gespräch. Der Regisseur der Inszenierung, die ich sah, mochte den Auftritt Godots in Volker Brauns kleiner Szene deuten wie: *«Ich, der Sozialismus, bin in Form des Eurokommunismus zu euch gekommen, die ihr so lange gewartet habt.»* Es wirkte schwach. Bekkett entzieht sich derartigen Aktualisierungen und scheint sie doch immer wieder auszulösen. Seinerzeit haben die Fellachen in Algier, als sie das Stück

sahen, Godot als die erhoffte und ihnen vorenthaltene Landverteilung verstanden.

Ich entnehme diese Information einer Diskussion, die 1968 stattfand und verdienstvollerweise vor kurzem von Radio DRS 2 erneut ausgestrahlt wurde. Sowohl das Jahr 68 wie auch die Persönlichkeiten, die an dem Gespräch teilnahmen, machen diese Aufzeichnung zu einem wichtigen Tondokument. Über Beckett unterhalten sich *Theodor W. Adorno, Martin Esslin, Walter Boehlich* und *Ernst Fischer,* und bei allen Differenzierungen im einzelnen sind sie sich darin einig, dass der Dichter in seinen Stücken archetypische menschliche Grundsituationen gestalte, von denen einer der Gesprächsteilnehmer sagt, sie seien ausserordentlich tragisch und zugleich *«ausserordentlich nicht ernst zu nehmen».* Eine Kontroverse entsteht darüber, ob es zulässig sei, Konkretes hineinzulesen und eben zum Beispiel in Godot die Landverteilung oder den Sozialismus oder irgend sonst etwas zu sehen, was man sich gerade erhofft; dazu meint Adorno, die Verbindung, die der Zuschauer und Leser mit gesellschaftlichen Gehalten der Zeit herstelle, sei nicht nur erlaubt, sondern geradezu entscheidend. Ich denke, Bekketts Theater sei nicht zuletzt eben darum so wirkungsstark, weil es den Zuschauern eine in diesem Sinne produktive Teilnahme ermöglicht, ja sie fast dazu zwingt. Es besteht keine Gefahr, dass sie sich selber dabei allzuviel vormachen. Worte wie die, welche Wladimir in «Warten auf Godot» gegen den Schluss des zweiten Aktes spricht, hart und grausam, verbieten es: *«Rittlings über dem Grabe und eine schwere Geburt. Aus der Tiefe der Grube legt der Totengräber träumerisch die Zangen an. Man hat Zeit genug, um alt zu werden. Die Luft ist voll von unseren Schreien. Aber die Gewohnheit ist eine mächtige Sordine.»*

Anton Krättli

[1] Von Marie Luise Kaschnitz ist vor kurzem der siebente Band der Gesammelten Werke mit der essayistischen Prosa erschienen, herausgegeben von Christian Büttrich und Norbert Miller. Darin findet sich — in der Abteilung «Zwischen Immer und Nie» — auch ein Aufsatz über Lucky. Insel Verlag, Frankfurt am Main 1989.

Verwöhnter Westen — nach Freiheit drängender Osten

Elemente zum Verlauf der Armeedebatte

Das Faktum sei an den Anfang einiger Überlegungen zum Verlauf der Armeedebatte gestellt: So hat sich keiner den Ablauf der Ereignisse vorgestellt. Der Anhänger der traditionellen Landesverteidigung nicht — aber auch nicht die Initianten einer «Schweiz ohne Armee», die trotz der erweiterten Zielsetzung mit einer «umfassenden Friedenspolitik» anfänglich sogar im eigensten Kreis Mühe hatten, die Parteifreunde zur Anerkennung der Vater-

schaft am Unternehmen zu bringen. Im Verlauf der rund zehnjährigen Inkubationszeit, die dem Spross gewährt war, bis er sich dem Souverän zum Entscheid über Sein oder Nichtsein zu stellen hatte, hat sich dann allerdings einiges getan. Gegen Ende der leidenschaftlich geführten Auseinandersetzung schlugen Ereignisse ausserhalb des Landes einen Gang an, wie man ihn nicht mehr gewohnt war. Sie haben sich auf die Stimmabgabe auswirken müssen.

Das ganz Unwahrscheinliche ist zwar nicht passiert. Der seit Anbeginn die Schweizergeschichte kennzeichnenden militärischen Selbstbehauptung ist die Absage nicht erteilt worden. Mit einem Überschuss von 850 000 Neinstimmen, die ein Ja zur Fortführung der Landesverteidigung bedeuteten, ist der Urnengang vom 26. November zugunsten der Armee ausgegangen. Nur zwei Stände — die Grenzkantone Genf und Jura — haben ihre Abschaffung befürwortet. Immerhin stimmen diese Einbrüche im Grenzgebiet, denen auch noch die Ergebnisse der beiden Basel und Neuenburgs mit über 40 Prozent Ja-Stimmen zugerechnet werden können, nachdenklich. Von der vorausgesagten «überwältigenden Abfuhr» war keine Rede, hat doch bei einer als ausserordentlich hoch anzusprechenden Stimmbeteiligung von gegen 70 Prozent jeder Dritte mit seinem Ja den «Abschaffern» beigepflichtet. Max Frisch hat es anlässlich der Verleihung des ihm für sein dem Frieden verpflichtetes schriftstellerisches Wirken zugesprochenen deutschen Heine-Preises so interpretiert: Wenigstens jeder dritte Schweizer habe endlich zu denken angefangen!

Wenn auch ein Nein ein Nein bleibt, beziehungsweise in diesem Fall eben ein Ja zur Fortführung der bisherigen Militärpolitik ist, muss die ernste Frage gestellt werden, ob mit der «zerschlissenen Abwehrbereitschaft» die berühmte schweizerische Eigenständigkeit, von der *Georges-André Chevallaz* eben erst in seinem «Gouvernement des Suisses ou l'histoire en contrepoint» als Kontrapunkt im europäischen Geschehen gesprochen hat, abgeschrieben werden muss.

«Sinnlosigkeit» des Dienstbetriebs

Es dürften auch mit den professionellen Methoden der Meinungserforschung nie alle Motive eines Volksentscheids herausdividiert werden. Erst recht bleiben die Auswirkungen der Abstimmungspropaganda umstritten. Eine verbreitete These geht dahin, dass der bearbeitete Medienkonsument von der Propaganda nur das und nur soviel übernimmt, als er zur Bestätigung seiner bereits vorhandenen Auffassungen hören möchte. Diesbezüglich dürfte die Armeedebatte, wie sich in ihrem Verlauf immer deutlicher herausstellte, von Anfang an mit Argumenten «aus dem untern Stock» nicht unerheblich belastet gewesen sein. Beobachtungen, die bei den miterlebten kontradiktorisch durchgeführten Orientierungsveranstaltungen gemacht wurden, scheinen dafür bezeichnend.

So musste die zahlreiche Teilnehmerschaft und ausserordentlich lebhafte Beteiligung junger Mitbürger auffallen, die sich als Sympathisanten der «Gruppe Schweiz ohne Armee» zu erkennen gaben. Von ihnen ist, neben andern, von den Initianten mit Beharrlichkeit hervorgehobenen Argumenten, häufig die «Sinnlosigkeit» des Dienst-

betriebs, dessen Nutzen in keinem Verhältnis zu zeitlichem und finanziellem Aufwand mehr stehe, genannt worden. Für den Chronisten, dessen militärische Karriere nach geduldig ertragener Lehrzeit in der RS zu Beginn der dreissiger Jahre und einem nicht gerade ruhmreichen Zwischenspiel als Rekrutenerzieher und Gruppenführer im WK auf den Beginn des Aktivdienstes im Erreichen des Fouriergrades kulminierte, war es bestürzend, mit einem Stimmungsbild konfrontiert zu werden, das er bei allen etwa gehörten armeekritischen Äusserungen so nicht erwartet hatte. Betroffen machten ihn aber erst die in anschliessenden Gesprächen mit Vätern der unzufriedenen Jungsoldaten geäusserten Klagen, selbst von etablierten Vertretern im Offiziersrang, in denen von unzulänglicher Organisation der Schulen und Kurse, von ungeschickter Behandlung der Mannschaft durch unfähige Vorgesetzte und dergleichen mehr die Rede war.

Der Chronist meint zwar, es sei der möglicherweise ungenügender Vorbereitung zuzuschreibende ewiggleiche Rhythmus von «pressiere und warte» schon zu seiner Zeit für den militärischen Tagesablauf kennzeichnend gewesen. Es war und ist — einmal ganz abgesehen von der hierzulande üblichen Unbeliebtheit sogenannter Führerfiguren — auch nicht jeder Soldat oder Unteroffizier, der zum «Weitermachen» vorgeschlagen wird, zum Führen berufen, was sich eben in salopper bis schikanös empfundener Mannschaftsbehandlung auswirken kann. Es mag sogar zutreffen, dass das Auswahlverfahren in unserer Milizarmee zu sehr auf Vorzüge im Zivilleben abstellt, die sich im militärischen Betrieb nicht ebenso günstig auswirken. Im allgemeinen darf indessen wohl doch fest gehalten werden, dass für das Aspirieren immer noch die nicht überall gleichermassen vorhandene Bereitschaft, zusätzliche Belastungen auf sich zu nehmen, eine wesentliche Voraussetzung bleibt.

Denkzettel und Protest

Nicht nur die altgewohnte Scheu vor vermehrten Verpflichtungen, sondern eine grössere Sensibilisierung vieler junger Leute für Unzulänglichkeiten ist offenbar, die von der Generation der Väter mit weniger Bedenken in Kauf genommen wurden. Die Berichte über die militärischen Aushebungen und sanitarischen Ausmusterungen sind ein alarmierendes Zeichen. Nicht die Zunahme der sich offen zur Verweigerung des Militärdienstes aus ideologischen Gründen irgendwelcher Art bekennenden «Dienstverweigerer» erregt das grösste Aufsehen — die Zahlen halten sich im gewohnten Rahmen —, vielmehr bestürzt die um ein Vielfaches grössere Anzahl «Problemsoldaten», die wegen der nicht ausgehaltenen «seelischen Belastung» dem rauhen Dienstbetrieb nicht gewachsen sein wollen und sich auf dem «blauen Weg» dienstfrei schreiben lassen. Solche Empfindlichkeit soll einer Jugend eigen sein, von der man meint, dass sie in einem früher in diesem Ausmass ungewohnten Sportbetrieb Körper und Willen gestählt habe!

Nach dem 26. November ist vom «Denkzettel» gesprochen worden, der wegen solcher und anderer Unzulänglichkeiten der Armee habe verabreicht werden wollen. Sei's eben, dass Soldaten, die sich übergangen oder überanstrengt fühlten, zwar nicht gerade die

ganze Militärmaschinerie abschaffen wollen, diese aber doch zur Reparatur von Unzulänglichkeiten empfohlen haben möchten. So mögen eine Anzahl von im einzelnen nicht annähernd zu eruierenden Stimmen Proteststimmen gewesen sein, die in der Gewissheit abgegeben wurden, damit der Landesverteidigung keineswegs den «Fangschuss» gegeben, sondern viel eher eine Spritze zur Anregung möglicher Verbesserungen des unzulänglichen Betriebs verabreicht zu haben.

Unter anderen Vorzeichen wären hier auch die Proteststimmen einzuordnen, die — diesmal eher von älteren Semestern — aus irgendeiner als Belästigung des bürgerlichen Friedens empfundenen Störung durch die übende Truppe eingelegt wurden. Hierher gehören die Klagen über den zunehmenden Schiess- und Fluglärm oder über die Absperrung von Übungsgeländen, an denen ein ungewarnter Wanderer überraschend «aufläuft».

Es mischen sich dabei das durch die Technisierung des Lebens geweckte Umweltbewusstsein mit der in einer Zeit des Wohlergehens grösseren Empfindlichkeit für die Beeinträchtigung des eigensten Lebenskreises. Dass dabei das Militär zusammen mit den nach Standorten für ihre Werke suchenden Kernkraftleuten aktuellen Anlass zu Interventionen gibt, mag hier wie dort von übertrieben ängstlichen Vorstellungen ausgehen, kommt aber nicht von ungefähr.

Seit solchen Protesten Teilerfolge beschieden sind, wie das bei Kaiseraugst der Fall gewesen, und vor zwei Jahren wieder mit der sogenannten Rothenthurm-Initiative, wäre es geradezu erstaunlich, wenn die Übungen nicht ihre Fortsetzung fänden. Wobei gerade Rothenthurm die Ironie einer erfolgreichen Aktion ohne materielle Auswirkung aufzeigt, hat sich doch im nachhinein herausgestellt, dass der nach dem überraschenden Volksentscheid vom 6. Dezember 1987 anvisierte Schutz der Rothenthurmer Moorlandschaft zwar insoweit erreicht wurde, als das Militär den dort geplanten Truppenübungsplatz nicht einrichten konnte, dass aber unbekümmert um die offiziell vorgegebene Zielsetzung die Bauern von Rothenthurm seither dem Hochmoor mit ihren Drainagearbeiten so zugesetzt haben, wie es das Militär mit aller Gewalt nicht vermocht hätte.

Nun, das EMD ist auf seiner Suche nach Übungsplätzen im Regen stehengeblieben und steht offensichtlich vor einer Wiederholung erfolgloser Bemühungen, indem — ermuntert durch den als «armeefeindlich» interpretierten dritten Teil des Schweizervolkes, der am 26. November seine entsprechenden Ansprüche angemeldet hat — gegenwärtig mit «Mahnfeuern» gegen die Verwirklichung des Ersatzprojekts für aus der Stadt St. Gallen vertriebene Armeeanlagen Stimmung gemacht wird. Man kann sich im Ostbau des Bundeshauses mit der Enttäuschung trösten, die das im «Nordbau» beheimatete Energiedepartement mit der Abfuhr macht, welche die aufgebrachten Bürger von Ollon mit Heugabeln und Knebeln den NAGRA-Abgesandten bereiten, die dort die Voraussetzungen für die Anlage einer Lagerstätte für radioaktive Abfälle abklären wollen.

Vorteile und Lasten

Im Zusammenhang mit Kaiseraugst ist von der «Demokratie der Betroffenen» gesprochen und damit ein Begriff

geprägt worden, der den in unserem Staat überhandnehmenden Hang zur engen Interessenwahrung brandmarken wollte. Bundesrat *Willi Ritschard* hat als von den Kaiseraugst-Erfahrungen zuvorderst Beunruhigter diesem Gefühl vor den in Solothurn versammelten Delegierten des Schweizerischen Gewerbeverbandes einst mit folgenden Worten Ausdruck gegeben: *«Wo die eidgenössische Solidarität auf den Genuss der Vorteile beschränkt wird und so das Diktat von Minderheiten den Egoismus zum Staat macht, wo die Bereitschaft aufhört, etwas zu dulden, was andern Vorteile verschafft, hört die Demokratie auf!»* Und der Historiker *Erich Gruner* hat im Blick auf den Ursprung der Eidgenossenschaft daran erinnert, dass diese *«nicht in der Absicht, gemeinsame Vorteile zu geniessen»,* sondern im Willen dreier kleiner Gemeinschaften lag, *«in der Arglist der Zeit Lasten und Mühen gemeinsam zu tragen . . .»*

Ob es daran liegt: Dass sowohl der kleine «Denkzettel-Verteiler», der mit dem Militär unangenehme Erfahrungen gemacht, als auch die kommunale oder regionale Interessengemeinschaft, die sich in ihrem wohlbehüteten Bereich beeinträchtigt fühlt, mit einem hohen Lebensstandard so verwöhnt wurden, dass sie es nicht mehr vermögen, auch von der Allgemeinheit als unerlässlich erachtete Opfer noch auf sich zu nehmen?

Es sei zur Illustration dieser Entwicklung auf die «Grundzüge politischen Verhaltens» hingewiesen, die in einer Beilage der Juli/August-Nummer 1989 der *«Schweizer Monatshefte»* dem Leser zur Lektüre empfohlen wurden: Der Verfasser jener Schrift, der für sein eigenständiges Urteil hochgeachtete Zürcher SVP-Nationalrat und Planungsingenieur *Konrad Basler,* bezeichnet in Anlehnung an die Fortschritte, für die im vergangenen Sommer die Französische Revolution jubilierend gerühmt worden ist, die hochgepriesene Idee der «Gleichheit» als eine zur verhängnisvollen Irrlehre entartete Erscheinung. Er spricht von ihr in der derzeitigen Gestalt als einem «durch *Neid und Missgunst verfälschten Gerechtigkeitsbegriff».*

Wir hätten uns aus dem an sich beneidenswerten Zustand, der den grösseren Teil der westlichen Welt vor andern Gesellschaften auszeichnet, selbstverschuldet in Zwänge hineinmanövriert, wie sie in der ausufernden Konsumgesellschaft mitsamt ihren ungelösten Energie-, Verkehrs- und Abfallentsorgungsproblemen geradezu zum Albtraum wurden.

So ist denn auch schon — so jung erst die Perspektiven eines Zusammenschlusses der osteuropäischen Welt mit der unsern sind — die Frage aufgeworfen worden, wie lange die endlich von den Fesseln ihrer Diktaturen befreiten Völker das von ihnen vielbeneidete westliche «Paradies» in ungetrübter Freude erleben werden?

Östlicher Wandel — welches Signal?

Bei der Abwägung der Gründe, die zum zweideutig ausgefallenen Bekenntnis zur Behauptung unserer Eigenständigkeit geführt haben könnten, sind die kühnste Hoffnungen übertreffenden Freiheitsregungen im Osten nicht ohne Einfluss gewesen: Wenn das Sowjet-Imperium, das nach dem im Grauen des Zweiten Weltkriegs zu Fall gebrachten Hitlerreich die Rolle des Drohbilds für die freie Welt gespielt

hat, zuerst mit Glasnost und Perestrojka von Kremls Gnaden noch mit Unglauben zur Kenntnis genommene erste Lockerungserscheinungen gezeigt hat, sind die Selbständigkeitsregungen im Sicherheits-Glacis von Moskaus Satelliten mit atemloser Spannung verfolgt worden. War damit wirklich der Machtzerfall in Gang gebracht, der für die sich bedroht fühlenden Völker das Signal bedeuten durfte, Wehr und Waffen beiseite zu legen?

Während der Abstimmungskampagne waren erste Anzeichen des Abbröckelungsprozesses zu erkennen, das Ausmass des Ausbruchs aus der Zwangsherrschaft war noch verborgen. Die Vorsicht gebietet noch heute, neben Entwicklungen, die unumkehrbar scheinen, mögliche Ereignisse in Rechnung zu stellen, die angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Herzen der Sowjetstaaten noch immer nicht auszuschliessen sind. Solche Vorbehalte wurden denn auch von Verantwortungsträgern gemacht, die unser Schicksal nicht einfach dem Wohlwollen oder der Schwäche Dritter anheimgestellt wissen wollen.

Anders die Kategorie der «Armeeabschaffer», die weder aus Ressentiment noch kleinlichem Eigennutz die Initiative ergriffen und unterstützt haben. Ein Teil von ihnen mag zu den Gesellschaftsveränderern gehören, die ihr Anliegen als Vehikel zum Umsturz der geltenden «Machtverhältnisse» bestiegen haben. Sie haben das anerkannterweise auf einem von der Verfassung offerierten Weg getan. Dies erlaubt in extrem liberaler Interpretation, so befremdlich das erscheinen mag, selbst an einer der Grundfesten unseres Staates — Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes gegen aussen — zu rütteln, so dieser Prozess nur in demokratischer «Ausmehrung» durchgeführt wird.

Ein anderer Teil — der sich mit allen Konsequenzen offen zur Abschaffung der Armee Bekennenden vom letzten November-Wochenende — ist von den zahlreichen als «Grüne» sich bekennenden Mitbürgern und Mitbürgerinnen, denen sich, als die Attraktivität der Bewegung offenbar wurde, die «roten Pazifisten» mit der gleichen ökologischen Motivation anschlossen, mobilisiert worden.

Welches Motiv letztlich ausschlaggebend gewesen, soviel ist wohl in aller Unvoreingenommenheit einzugestehen: Die Welt, wie sie von der Wirtschaft und Politik bestimmenden Generation zugerichtet worden ist, bietet bei allen Wohlergehen, dessen wir uns als Begünstigte erfreuen, immer stärker bewusste bedrohliche Zukunftsaussichten. Was von einer übernutzten Natur nicht von selber am Absterben ist, dem könnten militärische Potenzen von nie zuvor in gleich verheerender Weise angesammelter Zerstörungsgewalt in einem letzten Kräftemessen den Rest geben bis zur Selbstvernichtung der Menschheit.

Diese Überlegungen erheben — wie sich wohl von selber versteht — nicht den Anspruch, die Vorgänge rund um den 26. November umfassend zu klären. Es wurde nur versucht, für den Verlauf der vom Chronisten als bestürzend empfundenen Auseinandersetzungen mögliche Erklärungen zu finden. Es kommt aber weniger darauf an, wieviel davon richtig, wieviel blosse Vermutung aufgrund von Beobachtungen ist. Entscheidend für den «Hausgebrauch» dürften die folgenden einfachen Erkenntnisse sein: Zum ersten, dass die Menschheit sich in eine Situation hineinmanövriert hat, die trotz

den so verheissungsvoll anmutenden Regungen im verkannten Osten des Kontinents zwar Hoffnung, aber keine Sicherheit schafft. Zum zweiten — es wird vielleicht weniger gern gehört, weil es die «Demenz» einer auf den Wohlstand eingefuchsten «Freien Welt» kritisiert —, wäre zu erwägen, wieder mehr auf die Stimme des Gewissens zu hören. Das Gewissen müsste — so man nur wollte — jedem die Gewissheit darüber geben, ob er sich nicht nur «vernünftig», sondern auch ethisch richtig verhält.

Arnold Fisch

Die ATAG-Gruppe

Wirtschaftsprüfung
Wirtschaftsberatung
Wirtschaftsinformation

ATAG
Allgemeine Treuhand AG
MITGLIED VON ERNST & YOUNG INTERNATIONAL